

## **Eigentlich will man gar nicht weniger Staat**

- Warum wir uns mit den Reformen so schwer tun -

Dass die deutsche Volkswirtschaft in den letzten Jahren mit großen Problemen zu kämpfen hatte, sollte mittlerweile jedem bekannt sein: Wenn überhaupt gab es nur ein geringes Wirtschaftswachstum; es herrscht hohe und hartnäckige Arbeitslosigkeit; die Verschuldung der öffentlichen Haushalte auf allen Ebenen nimmt weiterhin zu; die sozialen Sicherungssysteme taumeln von einer Krise in die andere; die neuen Bundesländer hängen am Tropf der alten, ohne dass eine Besserung in Sicht wäre. Kritische Beobachter gerade aus dem Ausland sprechen mittlerweile davon, dass sich Deutschland „vom Wirtschaftswunderland zum kranken Mann Europas“ entwickelt habe.

Anlaß genug also, das Ruder herumzureißen und durch Reformen dafür zu sorgen, dass sich die Lage wieder zum Besseren hin verändert? Offensichtlich ist dies leichter gesagt als getan. Sicherlich ist in der Vergangenheit viel über Reformen geredet worden, Kommissionen haben kluge Ratschläge zu Papier gebracht. Geschehen ist aber noch nicht allzuviel. Die jetzige Bundesregierung hat zwar – Stichwort „Agenda 2010“ – einiges auf den Weg gebracht. Jedoch hat die Parteiführung der großen Regierungspartei SPD große Mühe gehabt, die eigene Partei von der Notwendigkeit dieser Reformen zu überzeugen, und die Partei ist dann außerdem in Meinungsumfragen und in der Hamburgwahl offenbar wegen der Reformen „abgestraft“ worden.

Warum ist das so? Warum ist es so schwierig, Reformen in die Tat umzusetzen? Zunächst einmal ist es offenbar so, dass ganz allgemein Veränderungen – und Reformen bedeuten Veränderungen – nicht gerne gesehen werden. Warum muß es überhaupt Veränderungen geben, fragen sich offenbar viele in unserer Republik? Kann es nicht so weiter gehen wie bisher? Sooo schlecht geht es uns doch nicht. Und wenn wir uns mit den Ländern vergleichen, von deren Katastrophen wir tagtäglich in den öffentlichen Medien genug zu sehen bekommen, so ist da was dran, oder?

Richtig an dieser Einstellung ist sicherlich, dass Aufstieg und Niedergang einer Volkswirtschaft schleichend vonstatten gehen. Das alte Rom wurde weder an einem Tag erbaut noch ging es an einem Tag unter. Aus der jüngeren Vergangenheit braucht man nur an das kommunistische Rußland oder an die kommunistische DDR zu denken: Es dauerte immerhin 70 bzw. 40 Jahre, bis diese Volkswirtschaften ökonomisch am Ende waren. Oder denken wir an Großbritannien: Einst die Wiege des Industriezeitalters wurde dieses Land in den 60-er Jahren des vergangenen Jahrhunderts von der „englischen Krankheit“ befallen, bis dann erst Margaret Thatcher einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung einleitete.

Offenbar spielen auch bei uns viele auf Zeit. War nicht immer schon „die Lage noch nie so ernst“, und ist es dann nicht doch irgendwie weitergegangen? Und wenn schon Reformen, so sagen manche, dann aber die richtigen! Nun kann man darüber streiten, was die „richtigen“ Reformen darstellen. Welche Ziele sollen mit welchen Mitteln erreicht werden? Wenn wir etwa mehr Wachstum und mehr Beschäftigung wollen, dann sind Ökonomen aufgrund der ökonomischen Theorie aber auch wegen der praktischen Erfahrungen ganz selbstverständlich mit dem Vorschlag bei der Hand, mehr auf den Markt und auf Eigeninitiative als auf staatliche Lösungen zu setzen, wenn man diese Ziele erreichen will. Das kommt aber in der deutschen Bevölkerung gar nicht gut an. Das sind „falsche“ Reformen. Hier hat man sich an den Gedanken gewöhnt, dass gefälligst der Staat alle Probleme zu lösen hat: von der Wiege bis zur Bahre.

Und wenn schon Reformen, dann dürfen sie keinem weh tun. Warum das aber schwierig ist, zeigen schon einfache Einnahmen-Ausgaben-Rechnungen. Wenn nun mal wie in Deutschland wegen der Abnahme und Überalterung der Bevölkerung die Zahl der Einzahler in die öffentlichen Kassen -einschließlich der Sozialkassen – sinkt und auf der anderen Seite die Zahl derer steigt, an die ausgezahlt wird, so muß nach Adam Riese Folgendes passieren: Entweder müssen die Leistungen (Auszahlungen) pro Kopf gesenkt und/oder die Einzahlungen pro Kopf erhöht werden. Irgendeinem muß man also weh tun. Das hat nichts mit Böswilligkeit zu tun sondern ist einfache Logik.

Sollten die Reformen aber nicht gerecht sein? Wer eine solche Forderung erhebt, kann auf allgemeine Zustimmung bauen. Jedem scheint auch klar zu sein, was das im Einzelfall bedeutet. Leider ist das ein großer Irrtum. Es gibt kaum einen anderen Begriff, der mit so vielen Bedeutungen behaftet ist wie der Begriff „Gerechtigkeit“. Manche Varianten widersprechen sich sogar total, sodass Maßnahmen, die nach der einen Ansicht zu mehr Gerechtigkeit führen, in den Augen anderer den Gipfel der Ungerechtigkeit darstellen. Im übrigen gerät über die hitzige und emotionsgeladene Diskussion darüber, ob eine Reform gerecht oder ungerecht ist, ganz aus dem Blickfeld, dass wir doch eigentlich – siehe oben – durch die Reformen mehr Wachstum und Beschäftigung, einen Abbau der öffentlichen Verschuldung und auch zukünftig funktionierende Sozialsysteme auf die Beine stellen wollen.

Reformen sollen in den Augen der davon Betroffenen aber auch schnelle, kurzfristig sichtbare, Erfolge aufweisen. Es wäre aber zu schön, einfach auf einen Knopf drücken zu können, und alle Probleme wären augenblicklich gelöst. Leider ist dies nur selten der Fall. Im Zweifel fallen hier und heute die Kosten der Reformen bei den davon Betroffenen an. Heute gibt es mehr Verlierer als Gewinner. Erst morgen, vielleicht auch erst übermorgen können die Früchte der Reformen eingefahren werden. Erst für die Zukunft können wir erwarten, dass die Mehrheit der Bevölkerung zu den Gewinnern der Reformen gehört.

Bringen wir es abschließend auf den Punkt: Die Reformbereitschaft ist in Deutschland nicht sehr ausgeprägt. Alle Reformbemühungen sind ja im Zweifel gekennzeichnet durch eine Zurückdrängung (sozial-) staatlicher Maßnahmen zugunsten von mehr Eigeninitiative, mehr Markt, mehr Wettbewerb. Das stößt aber im staatsgläubigen Deutschland auf wenig Gegenliebe: bei den Linken in den Parteien, bei den Gewerkschaften und Kirchen, natürlich bei den Nutznießern der heutigen Regelungen, aber auch - trotz der viel beklagten Politikverdrossenheit - bei einer großen Anzahl von Wählern. Eigentlich will man ja gar nicht weniger Staat, man will zwar weniger Steuern und Sozialabgaben zahlen, gleichzeitig aber die staatlichen Leistungen wie bisher in Anspruch nehmen.

Deshalb darf man gespannt sein, ob und wie die jetzige Regierung ihre Reformansätze gegen all diese Widerstände weiterführen wird. Wird sie sich dem Druck beugen müssen und die Reformen – zumindest zum Teil - wieder einkassieren?

